

SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 04

29.01.2016

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
DIE NS-ZEIT MUSS PRÄSENT BLEIBEN	4
STÄRKUNG DES LÄRMSCHUTZES IM LUFTVERKEHR IST ÜBERFÄLLIG	5
TRIERER GERICHT LEISTET BEI ASYLVERFAHREN HERAUSRAGENDES	5
STARKE GRUNDSCHULEN FÜR BILDUNGSERFOLG VON ANFANG AN	6
ZAHLEN UND FAKTEN	7

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Union muss endlich aufhören mit ihrem internen Streit die Bevölkerung weiter zu verunsichern. *"Wir brauchen keine neuen Pläne, wir brauchen mehr Ordnung, mehr Überblick"*, hat **unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** zu Recht in der Aktuellen Stunde zum "Unionschaos in der Flüchtlingspolitik" festgestellt.

Das CDU-geführte Bundesinnenministerium muss seiner Verantwortung bei der schnellen Bearbeitung von Asylverfahren endlich gerecht werden.

Arbeiten statt Pläne schmieden. - Darum geht es!

Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat gestern für die Ministerpräsidentenkonferenz und das Treffen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin einen Investitionsplan für Deutschland vorgelegt. Sie folgt dabei einer klaren und alternativlosen Linie: Sie legt Vorschläge auf den Tisch, um die ankommenden Flüchtlinge zu integrieren. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs haben sich infolgedessen gestern darauf verständigt, auf Grundlage des Papiers von **Malu Dreyer** ein abgestimmtes Integrationskonzept vorzulegen. Bis Ende März werden die Ergebnisse vorliegen. Dies ist ein wichtiges Signal für den Zusammenhalt und die Sicherheit für alle Menschen, die in unserem Land leben.

Das ist der Unterschied: Julia Klöckner schmiedet unrealistische und unausgelegene Pläne, von denen sie hoffen muss, dass sie niemals umgesetzt werden. **Malu Dreyer** arbeitet konkret an der Integration der Menschen, die zu uns kommen. Arbeiten statt Pläne schmieden. Darum geht es! **Malu Dreyer** steht dafür, dass auch die bereits ansässige Bevölkerung von diesen Integrationsbemühungen profitieren. Sie hat schon Anfang Dezember einen Plan vorgelegt, der deutlich macht, dass die gute Integration der Flüchtlinge maßgeblich ist für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

In den kommenden Wochen werden weitere konkrete Verabredungen für Sprachförderung, Integrationskurse, Bildung, Ausbildung, Studium, Arbeitsmarkt und beim Wohnungsbau mit dem Bund getroffen werden müssen. Wir nehmen die Sorgen

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



und Verunsicherungen der Menschen ernst und auf. Bei uns gilt: Keiner wird zurückgelassen. Verantwortung und Zusammenhalt – dafür steht **Malu Dreyer** und mit ihr die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz.

Deswegen unterstützen wir auch die Position von **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer**, die in weiten Teilen rechtsextreme AfD nicht dadurch aufzuwerten, mit ihnen im Fernsehen aufzutreten. Für die Fraktion ist auch klar: Wir folgen der Bitte des SWR, in einer Fernsehsendung eine Debatte möglich werden zu lassen. Es ist gut, dass jetzt Klarheit herrscht und wir endlich über handfeste Themen der Landespolitik sprechen, anstatt uns ständig mit Paralleldebatten aufzuhalten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Schweitzer'.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Die NS-Zeit muss präsent bleiben

Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus erklärte unser Fraktionsvorsitzender **Alexander Schweitzer**: *„Die deutschen und rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger sollten sich die verbrecherischen Taten während des Dritten Reiches immer wieder vor Augen führen. Mit großer Entschlossenheit ist Tendenzen entgegenzutreten, das damalige zu verklären oder beiseite zu wischen. Informationen und Darstellungen zu der Schreckenszeit von 1933 bis 1945 müssen daher stets auf ein Neues verbreitet werden – beispielsweise durch Ausstellungen wie derzeit im rheinland-pfälzischen Abgeordnetenhaus oder durch Veranstaltungen wie die Sonder-Plenarsitzung in Alzey.“*

Schweitzer betonte: *„Demokratische Parteien, Verbände, Bürgerinnen und Bürger müssen klar gegen rechte Radikale das Wort erheben und sie als das entlarven, was sie sind: Feinde der offenen Gesellschaft. Sie streben ein Europa, ein Deutschland und ein Rheinland-Pfalz an, welches nicht mehr tolerant und weltoffen wäre, welches seinen Pluralismus und seine Vielfarbigkeit verlöre. Ein klares Stoppschild muss auch jenen entgegengehalten werden, die meinen, Flüchtlinge dürften nicht willkommen geheißen werden. Es ist verantwortungslos und menschenverachtend, dass manche darauf setzen, durch versteckte Botschaften der Missbilligung oder gar durch Taten des Hasses die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren.“*

Bis Ende 2015 wurden in Rheinland-Pfalz 634 rechtsextremistisch motivierte Straftaten registriert, darunter 44 Gewalttaten. Während 2014 nur eine Straftat gegen eine Flüchtlingsunterkunft gezählt wurde, waren es im vergangenen Jahr 24 Taten. *„Diese erschreckende und traurige Bilanz weist auch auf ein besorgniserregendes Klima: Offenbar schüren immer mehr Menschen auf offener Bühne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Diesen Rattenfängern und Radikalen muss Einhalt geboten werden“*, ergänzte unser Sprecher zu Rechtsextremismus, **Michael Hüttner**.

Stärkung des Lärmschutzes im Luftverkehr ist überfällig

Auf Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN debattierte der rheinland-pfälzische Landtag in dieser Woche unter der Überschrift „An die Menschen denken, statt Wachstum um jeden Preis: Fluglärm reduzieren, Gesundheit schützen“ über Fluglärm in Mainz und Rheinhessen.

Unser Mainzer Landtagsabgeordneter **Johannes Klomann** sagte: *„Die Menschen in der Landeshauptstadt und dem Umland müssen seit Jahren einen stetig zunehmenden Fluglärm ertragen. Über Mainz und Rheinhessen wirft der Frankfurter Flughafen einen großen Schatten. Nicht akzeptabel ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie ihre politischen Vertreter keine Mitspracherechte bei der Festlegung von Flugrouten und Verfahren haben. Die neue Bundesratsinitiative der Landesregierung, der sich auch Hessen und Baden-Württemberg angeschlossen haben, ist ein richtiger Schritt. Wenn erreicht wird, dass Lärmschutz generell im Luftverkehr stärker gewichtet wird, ist für alle Betroffene viel erreicht. Die Landesregierung ist auch im Kampf gegen den Schienen- und Straßenlärm äußerst aktiv. Die Bundesratsinitiative gegen Fluglärm muss als Baustein einer Anti-Lärm-Strategie verstanden werden.“*

Doris Ahnen, unsere Mainzer Landtagsabgeordnete, erklärte: *„Spätestens nach den neuesten Studien muss klar sein: Lärm kann physisch und psychisch krank machen. Das gilt insbesondere für den nächtlichen Fluglärm. Deshalb ist der Schutz vor Verkehrslärm eine Maßnahme zum Schutz der Gesundheit der Menschen. Wenn der Gesetzentwurf der Landesregierung eine Mehrheit gefunden hat, haben die stark betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz endlich eine klare Handhabe, um sich einzubringen und um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen. Die Menschen verdienen Schutz und Ruhe. Solange dies nicht erreicht ist, wird die SPD-Fraktion nicht aufhören dafür einzutreten.“*

Trierer Gericht leistet bei Asylverfahren Herausragendes

Offenbar fordert die CDU, die in Rheinland-Pfalz bewährte Praxis der zentralen Bündelung von Asylverfahren am Verwaltungsgericht Trier abzuschaffen. Dazu erklärte unser rechtspolitischer Sprecher, **Heiko Sippel**: *„Im Rechtsausschuss des Landtags wurde in den vergangenen Monaten mehrfach aufgezeigt, dass die vor wenigen Jahren erfolgte Konzentration der Asylverfahren am Verwaltungsgericht Trier äußerst erfolgreich ist: In*

Rheinland-Pfalz gibt es im Bundesvergleich die schnellsten Verfahren und somit den effektivsten Rechtsschutz. Vor der Bündelung waren vier Gerichte zuständig; durch die Zentralisierung konnte in Trier eine hohe Spezialisierung der Richterinnen und Richter erreicht werden, die sich der schwierigen Rechtsmaterie intensiv widmen können."

Sippel betont: *"Der CDU-Vorschlag geht vollkommen an der Realität vorbei. An diesem Schnellschuss zeigt sich, dass die CDU-Fraktion offenbar nicht das Gespräch mit der Praxis sucht. Es spricht auch Bände, dass Kenner der Materie aus dem Trierer Raum, die ein CDU-Parteibuch haben, nicht mit dem Vorschlag einverstanden sind. Auch sie wissen offenbar: Die CDU-Idee würde zu einer deutlichen Verschlechterung führen."*

Starke Grundschulen für Bildungserfolg von Anfang an

„Bereits in der Kindertagesstätte und der Grundschule werden die Weichen für den Bildungserfolg unserer Kinder gestellt. Es ist deshalb genau richtig, dass Rheinland-Pfalz seit Jahren den Kita-Ausbau vorantreibt und kontinuierlich die Bildungsqualität in unseren Grundschulen verbessert“, erklärte unsere bildungspolitische Sprecherin, **Bettina Brück**, anlässlich der vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) vorgestellten Kampagne „Ein guter GRUND SCHULE zu machen“ und der VBE-Analyse „Grundschulen in Rheinland-Pfalz 2016“.

„Der Erfolg der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik kann sich auch im bundesweiten Vergleich sehen lassen: Bei einer Klassenmessenzahl von 24 Kindern gehen im Schuljahr 2014/2015 durchschnittlich 18,3 Schülerinnen und Schüler in eine Klasse - damit hat Rheinland-Pfalz bundesweit mit die kleinsten Klassen. Damit stellen wir sicher, dass jedes Kind von Anfang an die Förderung bekommt, die es benötigt. Zusätzliche Lehrkräfte unterstützen außerdem bei der Umsetzung des inklusiven Unterrichts an unseren Schulen“, erklärte **Brück**.

Die Kritik des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) an der finanziellen Ausstattung der Grundschulen in Rheinland-Pfalz wies **Brück** zurück: *„Pro Grundschulkind investieren Land und Schulträger im Jahr 5.700 Euro, damit liegt Rheinland-Pfalz deutlich über dem Bundesdurchschnitt.“*

Mehr zur Situation an den 969 rheinland-pfälzischen Grundschulen in **ZAHLEN UND FAKTEN**.

ZAHLEN UND FAKTEN

STARKE GRUNDSCHULEN FÜR GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Kleine Klassen



Rheinland-Pfalz hat mit Hamburg **bundesweit die kleinsten Grundschulklassen**. Die Klassenmesszahl wurde bereits im Schuljahr 2011/2012 auf 24 Kinder pro Klasse gesenkt. Tatsächlich gehen im Schuljahr 2014/2015 durchschnittlich 18,3 Schülerinnen und Schüler in eine Klasse. Damit stellen wir sicher, dass jedes Kind von Anfang an die Förderung bekommt, die es benötigt.

Gute Ausstattung



Das Land und die verschiedenen Schulträger **investieren in jedes Grundschulkind jährlich 5.700 Euro** – und damit deutlich mehr als der Durchschnitt aller Bundesländer (letzter bundesweiter Durchschnittswert: 5.400 Euro). Die Ausgaben sind damit innerhalb der letzten fünf Jahre um 1.200 Euro gestiegen. Den hohen Stellenwert der Grundschulen zeigt auch die gute Ausstattung mit Lehrkräften – allein in den letzten fünf Jahren wurden **1640 Lehrkräfte dort neu eingestellt**. Von den 800 Lehrkräften im Vertretungspool werden allein 310 an den Grundschulen eingesetzt. Die Grundschulen im Land haben daher seit Jahren die besten Werte bei der strukturellen Unterrichtsversorgung unter allen Schularten. Im Schuljahr 2015/2016 liegt der **Versorgungsgrad bei 98,6 Prozent**.

Verbesserte Rahmenbedingungen



Unsere Landesregierung hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen umgesetzt, um die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Grundschulen zu verbessern. So ist u.a. die **Freistellung von Grundschulleitungsmitgliedern** erweitert

und die **Bezahlung der Grundschulleiterinnen und Grundschulleiter** angehoben worden. Mit großzügig bemessenen **Stundenpools** für zusätzliche Fördermaßnahmen sowie zusätzlicher **personeller Unterstützung** beispielsweise für die Umsetzung inklusiven Unterrichts werden die Grundschulen in ihrer wichtigen Arbeit zusätzlich unterstützt.

Sinnvoller Schriffterwerb



Die Entscheidung über den Einsatz einer bestimmten Methode zum Schreiben-Lernen treffen die Lehrkräfte an unseren Schulen **verantwortungsvoll nach pädagogisch-didaktischen Gesichtspunkten**. Die in die Kritik geratene Methode **„Schreiben nach Gehör“** ist ein umgangssprachliches Synonym für lautorientiertes Schreiben – häufig unter Zuhilfenahme einer Anlauttabelle – und nur eine von vielen didaktischen Optionen zum Schriffterwerb. Diese – in den Grundschulen durchweg positiv bewertete Methode – wird in den meisten unserer Grundschulen aber nur **ergänzend zu einer herkömmlichen Fibel** angewandt. **Nur 16 der 969 rheinland-pfälzischen Grundschulen setzten komplett auf das „Schreiben nach Gehör“**. Selbstverständlich soll in Rheinland-Pfalz auch die **Schreibschrift** erhalten werden.

Fotos: Colourbox.de